

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.- Mr. Einzelverkauf 70. Mr. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Sitzplaetzezahl beträgt für die acht gefaltete Zeitzeile oder deren Raum 200 - Mart. auswärtige 250. - Mart. für Versammlungs-, Arbeits-, und Wohnungsanzeigen 170 Mr. für Reklamen 800.- Mr. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 33.

Donnerstag, 8. Februar 1923.

30. Jahrgang.

Vor einem neuen Orientkrieg?

Ein türkisches Ultimatum.

London, 7. Februar.

Nach Meldungen aus Konstantinopel hat Adnan Bey, der Angora-Vertreter in Konstantinopel auf Anweisung seiner Regierung den alliierten Oberkommissaren gestern ein Ultimatum überreicht, in dem die sofortige Zurückziehung der alliierten Kriegsschiffe binnen 20 Stunden aus dem Hafen von Smyrna gefordert wird, andernfalls die türkischen Batterien das Feuer auf sie eröffnen würden. In einer Beratung der alliierten Oberkommissare wurde beschlossen, erst die Weisung der alliierten Regierung abzuwarten.

London, 8. Februar.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: die Oberkommissare der Alliierten erhielten schließlich von den Türken eine Verlängerung der Frist zur Zurückziehung der Kriegsschiffe um sieben Stunden. Der französische Konsul hat um die Erlaubnis gebeten, die französische Kolonie in Smyrna einzuschiffen zu dürfen.

Englischer Kabinettsrat.

London, 8. Februar.

Das Kabinett ist gestern zusammengetreten, um zunächst verschiedene innerpolitische Fragen vor dem Zusammentritt des Parlaments in der nächsten Woche zu erledigen. Betreffend die fran-

zösische Aktion reist das Kabinett nicht die Befürchtungen, die durch die Abschließung der englischen Zone durch die Franzosen entstanden sind. Das Kabinett erklärt sich gegen die Zurückziehung der englischen Truppen aus der Kölner Zone. Bonar Law, Lord Derby und andere neigen zu der Ansicht Lord d'Albion's, des englischen Botschafters in Berlin, daß eine sofortige Zurückziehung der Truppen angesichts der Lage durchaus am Platze sei, während Lord Curzon und seine Anhänger die Ansicht vertreten, daß die englische Politik mit der französischen konform gehen müsse. Ein Besluß wurde nicht gefasst.

In bezug auf die türkischen Angelegenheiten wurde festgestellt, daß alles beim alten sei. Lediglich liege die halbamtliche französische Nachricht vor, daß Ismet Pascha zum Unterzeichnen bereit sei. Man will aber abwarten, bis von Ismet Pascha eine entsprechende amtliche Erklärung vorliegt. Das Kabinett sieht das türkische Ultimatum wegen der Zurückziehung der alliierten Kriegsschiffe aus dem Hafen von Smyrna nur humoristisch an. Admiral Michelson hat vom Kabinett Weisung erhalten. Man hält das türkische Ultimatum für ein so lächerliches, als die Türken in Smyrna über kein einziges schweres Kaliber verfügen.

Dem letzten Punkt entgegen.

Es ist notwendig, die Dinge so zu sehen wie sie sind. Nicht spielt im Leben der Völker eine so schlimme Rolle als enttäuschte Hoffnungen. Die französische Regierung ist augenblicklich bemüht, dem französischen Volk Sand in die Augen zu streuen. Sie läßt den Wirtschaftsachverständigen le Troquer bestreiten aus Düsseldorf zurückzufahren. Sie verleiht Hoffnungen auf einen häuslichen Streit zwischen den deutschen Parteien zu wecken. Sie läßt Kohlenzüge aus dem Saargebiet unter der Devise Ruhrkohle auf französisches Gebiet fahren. Dabei deutet der häufige Besuch der französischen Kaufverbindungen im Gebiet des Wirtschaftskampfes darauf hin, daß die französische Regierung mit den bisher erzielten Resultaten alles andere als zufrieden ist. Es wird aber gut sein, die bisher erzielten Erfolge nicht zu überschätzen und nicht in den Fehler der französischen Regierung zu fallen.

Als sich die Dinge nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet überschreiten ließen, gab die Regierung das Stichwort aus, mit den Kräften hauszuhalten und nur da in den Streit zu treten, wo es die Abwehraktion unbedingt erforderne. Das war ohne Zweifel eine Politik, die man unterschreiben konnte. Sie hat sich in den ersten Wochen vortrefflich bewährt und kann zum Teil auch heute noch mit Erfolg angewendet werden. Infolge der Gegenzüge der Franzosen stehen wir heute jedoch auf einzelnen Gebieten einem veränderten Bild gegenüber. Die Rheinischfahrt mußte gänzlich stillgelegt werden, da die Besatzungsbehörden den Frachtraum für sich in Anspruch zu nehmen drohten. Lehnschuld verhält es sich auf den Strecken der Eisenbahndirektionen Ludwigshafen, Mainz, Trier und Köln (soweit der Bezirk Köln nicht in die englische Zone fällt). In Baden hat die Besetzung von Offenburg und Appenweier die Wirkung gehabt, daß das badische Bahnhof und damit auch der badische Wirtschaftskörper in zwei nicht mehr direkt zusammenhängende Teile geschnitten wurde. Im Ruhrgebiet wird der Bahnhofsvorkehr zwar zum Teil noch aufrecht erhalten, aber der Verkehr selbst wird durch die Verstopfung der Bahnhöfe immer illusorischer. Die Kohle, die nicht mehr in nennenswertem Umfang abtransportiert und kaum noch aus Halle gestutzt werden kann, wird in Zukunft nur noch in immer beschränkterem Umfang zugute befördert werden können. Daß diese Zustände auch auf die anderen Industriezweige ihre Wirkung ausüben, ist sehr verständlich. Damit gleiten wir allmählich in einen Zustand hinein, vor dem die Regierung wohlweislich gewarnt hat. Wir gehen einer Art ungewollten Generalstreik entgegen. Berücksichtigt man ferner, daß Frankreich beachtflicht, die Auseinander sätzliche Industrieprodukte aus dem besetzten in das unbesetzte Deutschland zu unterbinden, so ergibt sich, daß wir vor einer effektiven Blockade stehen. Demgegenüber dürfte die Parole von der passiven Resistenz auf die Dauer nicht mehr genügen. Es wird Sache der Gewerkschaften und der Regierung sein, Mittel zu finden, die auch den neuen Hieb Frankreichs parieren.

Die Wirkung der Kohlensperre.

Entscheidig verminderte Förderung.

Paris, 7. Februar.

Der Berichterstatter des "Petit Parisien" in Düsseldorf gibt folgende Mitteilung über die Verhältnisse, die sich in dem Kohlenbezirk eingestellt haben:

Überall ist die Produktion entschleißt zurückgegangen. Sie ist auf ein Viertel der normalen Produktion gefallen. Alle Kohlen, die augenblicklich nicht mehr nach Deutschland gehen und die durch den Transportarbeiterstreik nicht mit der notwendigen Schnelligkeit verladen werden können, drohen auf die Dauer das Ruhr-

gebiet vollständig zu verstopfen. Infolgedessen ist die Förderung stark eingeschränkt worden.

Zusammenstoß zweier französischer Militärzüge.

Düsseldorf, 8. Februar.

Auf der Strecke Düsseldorf-Kettwig, die die Franzosen in Betrieb zu nehmen versuchten, stießen zwei französische Militärzüge zusammen. Einige Wagen wurden zertrümmert und unter diesen Wagen 28 tote Soldaten hervorgezogen. Die Franzosen legten die Verunglücks in aller Stille auf dem Düsseldorfer Friedhof bei. Wie verlaufen soll eine ganze Zahl von Schwerverletzten bei dem Unglück zu verzeichnen gewesen sein, jedoch wird über die Einzelheiten strengstes Schweigen beobachtet.

Die Verkehrslage im besetzten Waden.

Karlsruhe, 7. Februar.

Über die Verkehrslage auf der Strecke Offenburg-Appenweier wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß im Laufe des gestrigen Tages die Franzosen etwa 120 Mann Eisenbahntruppen herangebracht haben, anschließend um damit den Betrieb auf der gesperrten Strecke im Laufe der vergangenen Nacht für ihre Zwecke in Gang zu bringen. Der von der Reichsbahndirektion von und ab Renchen und Niederjohrheim, sowie Offenburg eingerichtete Pendelverkehr hat sich glatt abgewischt. Auf der vielbelebten Renchtal-Bahn ist, wie schon mitgeteilt worden, Kraftwagenverkehr eingerichtet, während, wie besonders hervorzuheben ist, durch das neubesetzte Gebiet noch kein Kraftwagenverkehr eingerichtet ist.

Wie die Franzosen den Schein wahren.

Gefälschte Waggonanschriften.

Frankfurt a. M., 7. Februar.

Aus dem Saargebiet gingen in den letzten Tagen wiederholte Kohlenzüge mit Saar Kohle nach Frankreich, die Anschriften trugen und Begleitpapiere besaßen, durch die der Eindruck erweckt werden sollte, als ob es sich um Ruhrkohle handelt. Es ist klar, daß es sich dabei um ein Vorsehen handelt, den Anschein zu erwecken, als ob die Ruhr-Aktion Erfolg hat.

Sämtliche Gruben des Saargebiets sind im Streik. Die Metallarbeiter beraten zurzeit, ob sie sich dieser Bewegung anschließen sollen. Die Forderung der Bergarbeiter geht dahin, daß die Löhne vom Jahre 1921 wieder hergestellt werden, d. h. sie fordern eine Sozialzulage von 7 Franken.

Verhafungspolitik französischer Korporäle.

Düsseldorf, 7. Februar.

Gestern fand unter Beteiligung von Zehntausenden die Beerdigung des von einem französischen Korporal schlägig erschossenen Kindes statt, die sich zu einer wilden Kundgebung gegen die Willkür der Franzosenherrschaft auswuchs. Am Nachmittag standen plötzlich an den verschiedenen Straßenecken französische Unteroffiziere und verteilten an vorbeilaufende Kinder Hundertmarksscheine. In wenigen Minuten waren Tausende von Mark an Kinder verteilt. Auf diese Weise versuchten die Franzosen eine "Bewohnung" mit den Eltern in Düsseldorf herbeizuführen.

Verhaftung und Ausweisung.

Duisburg, 7. Februar.

Oberbürgermeister Dr. Jarres ist heute vormittag verhaftet worden. Er hatte um 8 Uhr dem belgischen General brieflich mitgeteilt, daß er sein Amt wieder antrete. Daraufhin ist er um 10.45 Uhr von mehreren Offizieren der belgischen Sicherheitspolizei geholt, in ein Auto gelegt und unbekannt wohin, abtransportiert worden, vermutlich nach Norden. Gepack usw. konnte ihm mitgegeben werden. Auch von seiner Familie konnte er sich verabschieden.

Frankfurt a. M., 7. Februar.

Der Präsident der Reichsbahndirektion Trier, Lohse, ist aus Trier ausgewichen und sofort in einem Kraftwagen fortgebracht worden. Auch der Präsident der Reichsbahndirektion Ludwigshafen wurde ausgewiesen.

Hausen und Voßberghausen besetzt.

Erlsbergfeld, 8. Februar.

Die Franzosen sind von Venray aus Niedervormwald weitermarschiert und haben Hausen und Voßberghausen besetzt.

Vor der Errichtung der Zollkontrolle im Ruhrgebiet.

Frankfurt a. Main, 8. Februar.

Die Zollkontrolle scheint in den nächsten Tagen verwirklicht zu werden. In verschiedenen Tannus-Stationen trofen französische Zollbeamte ein und haben Räume in einzelnen Bahnhöfen mit Beschlag belegt.

Weitere lothringische Hochöfen ausgelöscht.

Paris, 7. Februar.

Die „Humanité“ teilt mit, daß weitere lothringische Hochöfen ausgelöscht werden müssen. Die Stahlwerke von Hagendorf waren genötigt, zwei weitere Hochöfen zu löschen.

Eine Indiskretion.

Der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, Genosse Husemann, führte vor wenigen Tagen durch Vermittlung des Vorsitzenden des französischen Metallarbeiter-Verbandes mit einem gewissen Max Holzeller aus Paris eine Unterredung. Holzellers Absicht war, die Ausfassung unseres Genossen Husemann über die Lage kennen zu lernen, insbesondere aber den Vermittler zu einer Aussprache zwischen Husemann und den französischen Generalkommissar des Bergwerke, Coote, zu spielen. Genosse Husemann lehnte es ab, mit Herrn Coote in Essen irgendwelche Verhandlungen zu führen und erklärte sich nur zu einer Besprechung in seinen Büros bereit. Im übrigen ließ er keinen Zweifel darüber, daß die Ruhrbergwerke auf keinen Fall unter französischen Bajonetten arbeiten, insbesondere kein Gramm Kohle für die Wiederherstellung liefern. Husemann fertigte über diese Unterredung einen Bericht aus, den er verschiedenen Bergarbeiterorganisationen zufammen ließ. Infolge einer Indiskretion ist dieser Bericht in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ veröffentlicht worden. Genosse Husemann übermittelte uns deshalb folgende Erklärung:

„Über eine Unterredung, die ich am 29. Januar mit Herrn Max Holzeller - Paris und am 30. Januar mit Herrn Daumes von der Interalliierten Ruhrkontrollkommission hatte, habe ich eine Niederschrift angefertigt und einige Personen zur Information übermittelt. Jetzt veröffentlicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in Essen in ihrer Nummer vom 5. Februar diese Niederschrift mit der Überschrift „Mühlgüte Rüderung der Bergarbeiter, Husemanns Entführungen.“

Gegenüber dieser Veröffentlichung kann ich nur erklären, daß sie gegen meinen Willen erfolgt ist. Ich halte die Veröffentlichung im Interesse unserer Abwehr gegen den französisch-belgischen Gesamtstreich für schädlich.

Bonn, den 6. Februar 1923.

Fr. Husemann,
Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes.

Vom russischen Militarismus.

SPD. Moskau, 6. Februar. (Sig. Telegramm.)

Nach einem Vortrag des Oberkommandierenden Kamenski vor der Kriegsschule über die Normen des modernen Krieges und einem solchen über die Lage im Ruhrgebiet wurde eine Resolution gefaßt, nicht nur im Interesse Ruhrlands, sondern auch zur Hilfe des vom Kapitalismus getriebenen europäischen Proletariats zu marschieren. In einem weiteren anschließenden Vortrag wurde die Haltung Polens als sehr aggressiv bezeichnet. Ruhrland müsse gegen jede Überreaktion von dieser Seite rüsten.

Wir verweisen besonders darauf, daß es sich hier nicht um eine offizielle Neuerung der Regierung handelt, die nach den uns zugegangenen Informationen einen gerade entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. Damit wird auch das Gerede von einem bewaffneten deutsch-russischen Zusammensehen gegen Frankreich und Belgien hinfällig.

Dollar 31500.

Bürgerliche Steuerpolitik.

SPD. Der völlige Zusammenbruch des deutschen Besitzsteuersystems infolge der Marktkatastrophe ist so deutlich, daß ihn selbst die Vertreter von Kapitalinteressen kaum noch bestreiten. Trotzdem ist zu befürchten, daß auch die Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen, die jetzt im Steuerausschuß des Reichstages begonnen hat, nichts oder nicht viel daran ändert. Die Verhältnisse beim Vermögenssteuergesetz lassen dieses Versagen der Besitzsteuern am deutlichsten erkennen. Für die Vermögenssteuer sollen die Vermögen veranlagt werden auf Grund ihres Standes vom 31. Dezember 1922. Die Bewertung erfolgt in Papiermark, die Zahlung in vier Raten im Laufe des Jahres 1923! Es ist klar, daß angesichts der sterken Geldentwertung diese ganze Steuer bereits entwertet ist, ehe noch die Veranlagung begonnen hat.

Das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung enthält keinerlei zweckmäßige Vorschläge zur Abschaffung dieser unerträglichen Wirkung. Er will vielmehr den Steuertarif aus einanderziehen. Einige Bestimmungen, die angeblich den Kleinrentner dienen, zeigen, wie bei den Besitzsteuern aus Vermögen geworden ist. Diese Bestimmungen wollen Kapitalvermögen bis zu 600 000 Mark steuerfrei lassen. Insbesondere bei festverzinslichen Werten ist diese Freigrenze berechtigt, da sie hier wirklich dem Schutz der Kleinrentner dient. Wenn man es jedoch, möchte das leider scheinen. Da aber das in Industrie- und Papieren angelegte Vermögen nach lächerlich niedrigen Durchschnittsraten eingelöst wird, entspricht hier ein von der Steuer auf 600 000 Mark geschätztes Vermögen nach heutigem Geldwert einem Vermögen von ungefähr 50 Millionen Mark. Große Spekulationsvermögen, deren Besitzer die freudigen Kunden der Luxuslokalen sind, würden also unter die Befreiungsvorchrift fallen und völlig steuerfrei bleiben!

Hinzu kommt, daß, wenn nicht im Laufe der Bereitung die Bewertungsvorschriften gründlich geändert werden, Vermögen von mehr als 100 Millionen Mark nur lächerliche Steuerbeträge zwischen 500 Mark und 5000 Mark jährlich an Vermögenssteuern zu zahlen haben. Die sozialdemokratische Mitglieder des Steuerausschusses haben gegen diese Bestimmungen des neuen Entwurfs angefeindet, jedoch ohne Erfolg. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses hat die Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen mit der Steuerfreiheit für Millionäre begonnen.

Soziale Fragen im Haushaltsausschuss.

SPD. Der Haushaltsausschuss legte am Mittwoch die Beratung des Gesetzes des Reichsministeriums des Finanz am. Von unten Genossen und von bürgerlichen Abgeordneten wurde fordert, daß die im Einst vorgenommenen Mittel in Höhe von 10 Millionen Mark zur Förderung von Lehrerbildung auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Bildungswesens erhöht werden. Ankommen wurde eine Erhöhung, wonach Beihilfen für Pioniermittel auf Unbedürftige und Minderbedürftige beschränkt werden, aber auch auf Leiharbeiter und ältere Schüler ausgedehnt werden sollen. Zur Förderung der auf öffentliche und gehobene Schule des Volkes gerichteten Erziehungen werden im Einst 25 Millionen ausgeteilt, davon Verpflichtung verstreichen. In Schülern wurde, von der Reichsregierung eine Gründung der Körperschaften und Gemeinschaften Vereinigungen zu fördern, deren Errichtung im Interesse des Reiches steht. Erst soll im Neuanfang eine Reformulierung zu ihrer Universalität erreicht werden. Einzelheiten der Sozialpolitik sollten mit dem Reichstag von Schülern und Lehrerinnen mit den Studenten erarbeitet werden. Bei der Beratung des Gesetzes des Reichsministeriums standen Geist und Weisheit an, einmal war der Zustand des Reichstages herz der Welt ein klares Bild vor dem Aufzugsraum der deutschen Politikhaft zu geben. Der Reichsminister des Finanz, Dr. Stell, war dazu bereit. Beschlissen wurde, die Reichsregierung zu erlauben, zur Förderung der Ausbildungseinrichtungen mit einer Sonderabgabe von 10 Millionen Mark die Errichtung einer Sondermittelstelle in Beträchtung zu ziehen.

Gurzen gegen Poincaré. Der Abbruch in Lausanne.

Frankfurt, 7. Februar.

Die Abreise von Gurzen in vorläufig ohne Ergebnis in Ende. General Poincaré hat heute um 1 Uhr morgens die Sozialisten empfangen und ihnen mitgeteilt, daß er um 7 Uhr morgens zunächst nach Lüttich eintrete. Es werde mindestens drei Wochen dauern, bis er nach Lüttich zurückkehre.

Umsonst hat Gurzen nach seiner Rückkehr eine offizielle Erklärung für die Presse abgegeben, wonit er sagte, er befürchte keine Friedegefecht wegen des Konferenzschlusses. Die Deutschen würden sich schon zu einer Einigung bereit finden. Seine Meinung sei ihm die Handlungsmethode der Franzosen gewesen. Das sei die Sache Beltrami, der seine und Gurzens Meinung hörend am Telefon bestätigt habe, daß er die Gegenseiter sonst Georges von Paris zum Sieg gesetzt habe. Die darüber stehende Bedeutung ist der erste offizielle Zugriff Englands gegen Deutschland.

Abreise der Türken und Russen aus Frankreich.

Paris, 7. Februar.

Die französische diplomatische Delegation ist der größte Teil der französischen Bevölkerung einen großen Zweck bereit zu machen. Sie kann nicht anders. Die nächste Woche wird sie wohl wieder ab.

Sozialdemokratische Rebellenkonferenz.

London, 6. Februar. Der britische Sozialdemokratie ist der größte Teil der britischen Bevölkerung einen großen Zweck bereit zu machen. Sie kann nicht anders. Die nächste Woche wird sie wohl wieder ab.

Patriotismus und Profit.

Verlauf deutscher Polenste an den „Erbfeind“.

W.B. Paris, 7. Februar.

Der Sommer lag gestern nachmittag ein Gesetzentwurf vor, der die Zustimmung des Hauses zu einer Konvention, betreffend die Fabrikation von synthetischem Ammoniak vorsieht. Der Bevölkerungsstaat, Abgeordneter Leboucq, führte aus, daß der Entwurf sowohl die Ratifikation der mit der Badischen Union- und Sodafabrik abgeschlossenen Konvention, als auch die Organisation von Fabrikationszentren für synthetischen Ammoniak in Frankreich zum Ziel habe. Wenn man dem Verbrauch von Eliaz-Lorillard Rechnung trage, müsse eine Erhöhung von mindestens 50 Prozent, gleich 110 000 Tonnen Stickstoff gegenüber dem Verbrauch Frankreich vor dem Kriege in Aussicht genommen werden. Im Vergleich zu dem deutschen Verbrauch seien diese Ziffern sehr bescheiden. Der Stoff sei jedoch ein wesentliches Element der nationalen Sicherheit, da er als Grundstoff für Pulver und Explosivkörper diene. Der Bericht fordert, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik ermächtigt werde, die am 11. November 1919 unterzeichnete Konvention durchzuführen.

Im weiteren Verlaufe der Nachmittagsitzung der Kammer folgte Berichterstatter Abg. Leboucq über den Gesetzentwurf betreffend die Fabrikation von synthetischem Ammoniak im einzelnen aus, daß das in der Konvention vom 11. November 1919 von den Badischen Anilinfabriken übernommene Haberische Verfahren durch Konzession einer Gesellschaft übertragen werden soll. Hauptaktionär der für 89 Jahre errichteten Gesellschaft ist der Staat. Er bringt 5 Millionen Franc und als Betriebsanlage die Pulverfabrik in Toulouse ein, für die jährlich 500 000 Franc Miete und eine Belebung von 10 Prozent am Gewinnüberschuss bezahlt werden sollen. Der Staat übernimmt 256 000 von 110 000 Millionen gleich 25 Millionen Franc.

Dem Berichterstatter trat der Abg. Prevei entgegen, der die Berichtigung des Gesetzentwurfs verlangte mit der Begründung, daß in Wirklichkeit doch nur das Haberische Verfahren ausgewertet werde und daß die Deutschen mit ihrer „Doppelzüngigkeit“ den Franzosen die Rechte gesäßliche Experimente übermitteln und sie wie sozialistisch rütteln würden.

Demgegenüber erklärte der frühere Kriegsminister Abg. Andree Pichot, er habe in seinem damaligen Eigentum als Minister die Konzession für die Fertigung von 2½ Millionen Tonnen an die Badischen Anilinfabriken übernommen. Man möge ihm nicht mehr von der Nationalität dieses oders jenes Verfahrens reden. Im Kriege habe man französischerseits das Haberische Verfahren grausam zu tönen bekommen, denn ohne dieses Verfahren hätte Deutschland den Krieg nicht mit den bekannten Erfolgen führen können. Der ehemalige Minister beruhigte den Abg. Prevei durch eine Dokumentation der den Badischen Anilinfabriken vorgenommenen Garantien, wonauf dieser seinen Vertragurkunden erwiderte. Die Fortsetzung der Debatte wurde jedoch auf Donnerstag verlegt.

Über den Vertrag zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung sind in den letzten

Am weiteren Verlauf der Beratungen wurde eingehend über die Tätigkeit des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ besprochen. Es wurden mannigfache Anregungen über die Ausgestaltung des Dienstes gegeben und seine Haltung bei wichtigen politischen Fragen als richtig anerkannt.

Internationale Jugendkonferenz in Hamburg.

Am 5. und 6. Februar tagte in Leipzig eine von den beiden Gremien der Arbeiter-Jugend-Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen eingesetztes Komitee, um zu der Einigung der deutschen sozialistischen Jugendverbände und der Auswirkungen auf die internationale Beziehungen Stellung zu nehmen. Die Konferenz gefragte nach einer eingehenden Beratung über die internationale Lage und nach einer grundlegenden Aussprache, die eine völligkeitsvereinigung ergab, zu dem Ergebnis, in Verbindung mit dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress in Hamburg eine Internationale Sozialistische Jugendkonferenz einzuberufen, die am 23. Mai 1923 eröffnet werden soll.

Es wurde außerdem beschlossen, in Verbindung mit dem am 11. und 12. August 1923 in Nürnberg stattfindenden Reichsjugendtag des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands ein internationales Jugendtreffen zu veranstalten.

330 Milliarden neuer Banknoten.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 31. Januar ergibt, hat die Erhöhung der Kredit- und Zahlungsmittelansprüche an die Bank zum letzten Monatsende unter der Einwirkung der bekannten Säuberungen des deutschen Wirtschaftslebens verhältnismäßig beträchtlich gemacht und die in der Vorwoche ausgetriebenen Hälfte waren weit überschritten. Die gesamte Kreditausdehnung liegt nun um 179,9 Milliarden Mark auf 2402,1 Milliarden Mark. Die Zugänge betragen bei den Handelswechseln 140,6 Milliarden Mark, bei den Reichsbankanweisungen 247,1 Milliarden Mark und bei den Comptoirforderungen 923,1 Milliarden Mark. Die hohe Zunahme der Comptoiranios ist im wesentlichen auf eine vorübergehende Inanspruchnahme des Comptoirs der Reichsbank zur Sicherstellung der Volksernährung zurückzuführen. Von den neu eingenommenen Kreditbeträgen stehen 131,2 Milliarden offen den fremden Geldern der Bank zu, deren Gehalt sich damit auf 762,5 Milliarden Mark hat.

Infolge des katastrophalen Geldverlustes kommt der Zahlungsmittelbetrieb in Gefahr, daß es der Bank trotz weitestgehender finanzieller Vorläufe nicht sofort möglich wäre, den Kaufpreis in einem Maße zu erhöhen, zumal die ununterbrochene Verlösung des getümten Geldes umfangreiche Verzinsung erfordere.

Der Comptoiranios erhöhte sich in der letzten Jahreshälfte um 329,9 Milliarden Mark auf 1884,5 Milliarden Mark, der Umlauf an Comptoiranios um 280,5 Millionen Mark auf 13,4 Millionen Mark.

Die Comptoiranios der Comptoirbank haben sich in der Jahreshälfte um 8,5 Milliarden Mark auf 184,4 Milliarden Mark ausgedehnt. Da die Comptoiranios einer dieser Zunahme entsprechenden Betrag an Comptoiranios um die Reichsbank eingehen, so sind deren Bestände an solchen Schecks unter Berücksichtigung der in den Verlusten abgeworfenen Summe auf 166,6 Millionen Mark gesunken.

Tage durch die Handelspresse Einzelheiten bekanntgemorden, die das sozialistische Interesse der gesamten Öffentlichkeit beanspruchen. Es handelt sich hier um nicht weniger als um den Verkauf auf wichtigster für Frankreich von außerordentlicher Bedeutung sind. Wie die „Metallbörse“ mittler, bietet die Badische Anilin- und Sodafabrik unabhängig von allen durch den Friedensvertrag Frankreich zugestandenen Rechten und unbeschadet ihrer eigenen Rechte ihre „freiwillige Beiträge“ an. Sie verpflichtet sich zur Mitteilung aller zur Fabrikation nötigen Angaben und Einzelheiten der Verfahren, deren Anwendungen und Kontrollmaßnahmen zwecks Erzielung der günstigen Resultate. Wie sozialistische Parteien und Organisationen tritt sie ganzlich und ausschließlich an Frankreich ab und stellt zur Ausführung ihre persönliche Unterstützung zur Verfügung, wenn dies verlangt werden sollte.

Die französischen Ingenieure haben ungehinderten Zutritt zu den Werken der Badischen Anilin- und Sodafabrik, welche ihnen während der Dauer des Vertrages von allen in ihrem Betriebe einaufführen Verbesserungen kenntnis gibt. Außerdem verpflichtet sie sich, jede Konkurrenz mit den nach ihrem Verfahren hergestellten Produkten in Frankreich, den französischen Kolonien und in den Ländern unter französischem Protektorat zu unterlassen. Zur Entschädigung ihrer „freiwilligen Unterstüzung“ gewährt Frankreich der Badischen Anilin- und Sodafabrik gewissermaßen als Bauleiterbüchsen 5 Millionen Franc und außerdem ein Amt auf eine Einrichtung von zwei bis vier Prozent. Das bei Toulouse zu errichtende Werk wird somit des Betrages von 256 000 Franc Miete und eine Belebung von 10 Prozent am Gewinnüberschuss bezahlt werden sollen. Der Staat übernimmt 256 000 von 110 000 Millionen gleich 25 Millionen Franc.

Soweit die Einzelheiten des Vertrages, wie sie von der Fachpreise mitgeteilt werden. Aus dem Bericht über die Verhandlungen in der französischen Kammer geht hervor, daß auf französischer Seite die Vorteile dieses Vertrages sehr wohl gewürdigt und insbesondere seine militärische Bedeutung für Frankreich in den Vordergrund gerückt wird. Die Tatsache verdient, besonders in dem jetzigen Außenpolitisch hervorzuheben zu werden, wo die deutsche kapitalistische Kreise sich in radikal-patriotischen Tönen verschlägt und in heftigster Weise gegen ganz Frankreich geht. Dieser Patriotismus der Provinziaten wird durch den Vertrag der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die sonst jeden ihrer Anstellten sofort ins Zuchthaus bringen läßt, wenn er auch nur das geringste von ihrem Verfahren an die Konkurrenz mitteilt, grell beleuchtet. Nicht minder interessant ist es, daß in den letzten Tagen, nach Bekanntgabe der Einzelheiten des Vertrages, die Ultimatur der Badischen Anilin- und Sodafabrik sowie anderer chemischer Fabriken fast auf das Doppelte gestiegen sind. „Erbfeind“ hin, „Erbfeind“ her — in Fragen des Profits schlägt das Kapital jeden Rekord der Vaterlandslosigkeit!

Die neuen Bergarbeiterlöhne.

SPD. Das Ergebnis der Essener und Berliner Lohnverhandlungen für den Bergbau ist folgendes:

1. Ruhrrevier durchschnittlich je Schicht 4410 Mt., einschließlich 224 Mt. Erhöhung der Soziallöhne;
 2. Sachsen (Steinkohle) durchschnittlich je Schicht 3860 Mark, einschließlich 224 Mt. Erhöhung der Soziallöhne;
 3. Köln (Steinkohle) durchschnittlich je Schicht 4410 Mark, einschließlich 220 Mt. Erhöhung der Soziallöhne;
 4. Sachsen (Braunkohle) durchschnittlich je Schicht 3860 Mark, einschließlich 224 Mt. Erhöhung der Soziallöhne; außerdem erhalten die vorgenannten Rentiere im besetzten Gebiet eine Abwehrzulage von je Schicht durchschnittlich
 1. Ahrrevier 1600 Mt.
 2. Köln 1600 Mt.
 3. Sachsen, Stein- und Braunkohle 1400 Mt.
 5. Freistaat Sachsen (Steinkohle) durchschnittlich je Schicht 4000 Mt., einschließlich 220 Mt. Erhöhung der Soziallöhne;
 6. Thüringen durchschnittlich je Schicht 3869 Mt., einschließlich der Erhöhung der Soziallöhne;
 7. Niedersachsen (Steinkohle) durchschnittlich je Schicht 4200 Mt., einschließlich 224 Mt. Erhöhung der Soziallöhne;
 8. Oberösterreich durchschnittlich je Schicht 4200 Mt., einschließlich 224 Mt. Erhöhung der Soziallöhne.
- Über die noch ausstehenden Bezirke des Bergbaues wird weiter verhandelt.

Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik wird sich wahrscheinlich schon in nächster Zeit mit einem Verfahren gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Eberlein wegen seiner Märzaktion in Mitteldeutschland zu befassen haben. Der preußische Landtag hatte seinerzeit Eberleins Immunität aufgehoben, worauf er nach Rückstand und erst nach Wiederherstellung einer Immunität zurückkehrte. Das gegen ihn beim Reichsgericht schwedende Verfahren nahm aber seinen Fortgang und ist nunmehr dem Staatsgerichtshof übergeben worden.

Mandatskleber. Der Vorstand des Landesverbandes Potsdam II der Deutschen Nationalen Volkspartei hat den Abgeordneten Wulle aufgefordert, sein Mandat niederzulegen. Dieser hat in einem Briefe an den Großen Westarp das Innern abgelehnt, da nicht der Landesverbandsvorstand, sondern 120 000 Deutsche seine Wähler seien, von denen aber nur 15 000 der Deutschen Nationalen Partei angehören. Mit Rücksicht auf die nichtorganisierte Wählerschaft lehnt Wulle es daher ab, dem Erstlichen der Parteileitung Folge zu leisten.

Große Abteilung ausgewiesen. Aus Mainz meldet **W.D.**: Bürgermeister Abteilung, der seit der Ausweitung des Oberbürgermeisters Dr. Kühl an der Spitze der städtischen Verwaltung stand, wurde Mittwoch früh von der Besatzungsbehörde ausgewiesen. Seiner Familie wurde für den Wegzug eine Frist bis Sonnabend gesetzt.

Keine Abreise der italienischen Ingenieure aus dem Ruhrgebiet. Der italienische Korrespondent der „Voss. Zeitg.“ hat sich an zuständige Stelle wegen der angeblichen Abreise der italienischen Ingenieure aus Essen erkundigt, wo ihm erklärt wurde, daß diese Nachricht unzutreffend sei. Es verlautet sogar zuverlässig, daß neuerdings noch zwei italienische Postbeamte nach dem Ruhrgebiet entsandt worden sind.

Rückgabe deutscher Privatvermögen in Amerika. Der Ausdruck des Abgeordnetenhauses für den zwischenstaatlichen Handel hat die Wunschobericht für Rückgabe eines Großbetrages von 10 000 Dollar von jedem beschlagnahmten deutschen Vermögen bewilligt, ebenso auch die Rückgabe aller angekammerten Fremdwährer und anderer Einnahmen, die sich zusammen auf nahezu sieben Millionen Dollar jährlich belaufen und gleichzeitig alle noch nicht verkauft oder durch Proteste nicht beansprucht werden.

Ruhrbesetzung und Sozialpolitik.

Von Alexander Knoll

Geheimer Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

SPD. Als seinerzeit in Deutschland die einzelnen Bestimmungen des Verfaßter Friedensdokuments näher bekannt wurden, lang das Urteil der sozialpolitisch urteilsfähigen Kreise allgemein dahin aus: „Das ist ein Friede gegen den Sozialismus!“

Die späteren Tatsachen und Vorgänge haben bewiesen, daß dieses Urteil aufrichtig war; denn alle Bestrebungen zur Sicherung einzelner Wirtschaftszweige sind schließlich an den Bedingungen und Auswirkungen dieses Friedensdokuments gescheitert. Durch die Ruhrbesetzung sind aber neue, noch schlimmere Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft nahegebracht. Gefahren, von denen in weiterer Folge die Arbeiterschaft der ganzen Welt bedroht ist. Handelt es sich bei der Sozialisierung immer noch um ein Zukunftsproblem, wenn auch einer scheinbar nahen Zukunft, so sind durch die Ruhrbesetzung und die damit verbundenen Wirkungen des französischen Imperialismus alle gegenwärtigen sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft unmittelbar bedroht; alles, was sie in Jahrzehntelangen, opfervollen Kämpfen auf diesem Gebiete erreicht hat, steht vor der Gefahr, restlos vernichtet zu werden — in eckter Linie der Achtstundentag! Alle sozialpolitischen Fortschritte und Einrichtungen sind ebenso in Frage gestellt.

Um das zu verstehen, müssen wir uns ganz kurz mit Geist und Sinn des Verfaßter Friedensdokuments vertraut machen, insbesondere mit den französischen Aspirationen. Es herzlich leidet auch in der deutschen Arbeiterschaft in dieser Hinsicht noch eine geradezu unglaubliche Unklarheit und Unernst. Man kann gewiß der Meinung sein, daß gewisse deutsche Kreise weit mehr zu den Kriegslosen hätten herangesogen werden können, als es geschehen ist. Über grundsätzlich ist anzunehmen, daß damit die französischen Pläne irgendwie hätten beeinträchtigt oder gar vereitelt werden können! Selbst wenn Deutschland noch unendlich viel mehr an Reparationen geleistet hätte, als es geleistet hat, so hätte das Instrument von Versailles den französischen Imperialisten doch die erwünschte und gewollte Veranlassung geboten, deutsche „Beschlußungen“ festzustellen. Und so wenig der Wortlaut des Friedensdokuments den Franzosen ein Recht zu den jetzt ergriffenen Maßnahmen gewährt, so wenig sie ein Recht zur Besiegung von Düsseldorf und den übrigen bisherigen Sanktionen hatten und es dennoch ausübt haben, indem sie sich dieses „Recht“ einfach selbst zuerkannten — so wenig hätten sie sich auch in jedem anderen Falle von ihrem Vorhaben abbringen lassen. Da sie Ankläger, Richter und Vollstrecker alles in einer Person zu sein sich anmaßen, so lassen sie sich durch die Spinnwebaden verzöglicher oder völkerrechtlicher Erwägungen von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Gestützt auf die größte Militärmacht, die Welt in Friedenszeiten je gesehen hat, glauben die französischen Machthaber dem moralischen Urteil aller Welt trotzen zu können. Sie rechnen dabei auf die politische Erfahrungstattheit, daß in der Politik immer nur der Erfolg entscheidet und daß die Welt sich auch mit dem von ihnen angestrebten Erfolg abfindet, wenn er einmal eingetreten sein wird.

Die französischen Machthaber wollen gar nicht, daß Deutschland erfüllt — und wenn es das nach unserem Ermeessen getan hätte, dann würden sie noch immer „nachweisen“, daß es nicht geschehen ist. Es ist das auch gar nicht so sehr schwer, weil Deutschland gezwungen worden ist, absolut unverfüllbare Bedingungen zu unterschreiben. Diese unverfüllbaren Bedingungen sind das Mittel, das es Frankreich ermöglichen soll, sein bis heute noch nicht ausgegebenes Kriegsziel zu erreichen: die Annexion des linken Rheinufers! Es will außerdem die deutsche Stahlproduktion seiner eigenen Eisenindustrie dauerbar machen — auf Kosten der deutschen Industrie. Dazu muß es die Kolverzeugung des Kürschriers fest in seine Hand bekommen und nach eigenem Ermeessen darüber verfügen können.

Das ist der Sinn des französischen Vorabens an der Ruhr. Wenn Frankreich dieses Ziel erreicht, dann ist Deutschlands Wirtschaftsleben endgültig zerstört! Schön durch die bisherigen Amputationen ist keine Lebensfähigkeit befreit und verkümmert. Selbst wenn die Ruhrbesetzung nicht hinzugekommen wäre, wäre es ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft ihre frühere Höhe und Bedeutung wiedererlangt. Gibt nun aber noch das linke Rheinufer verloren und gelingt es Frankreich wirklich, sich die Ruhrkohlenproduktion dientbar zu machen, dann ist der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger und absoluter. Der Vorstoß der Franzosen an der Ruhr ist im furchtbaren Sinne des Wortes ein Stoß in das Herz Deutschlands! Hat dieser Stoß den von Frankreich angestrebten Erfolg, dann ist auf einen Schlag Deutschland ein im vollen Sinne des Wortes übervölkertes Land. Es müssen sich dann automatisch alle die Folgererhebungen einspielen, die eine Massenüberfüllung natürlich notwendig zur Folge hat.

In sozialpolitisch urteilsfähigen Kreisen dürfte ein Zweifel darüber, daß eine leistungsfähige Sozialpolitik nur auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft möglich ist, nicht bestehen.

Belle-Blante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

19. Fortsetzung.

„Ich gestehe, Herr Pfarrer, daß ich nichts vor Cornelius verberge. Er kennt mir die Pläne seiner Mästrieren; es wäre undenkbar von meiner Seite, wenn ich ihm ein Geheimnis aus den kleinen Vorfällen meines Mädchenlebens mache.“

Aber dieser Cornelius oder Herr Cornelius ist auf dem Wege zur Hölle. Die Liebe dieses Menschen wird Sie verderben. Hängt man sich an den Hals dessen, der dem Allgrund zutauamt?“

„Und die Liebe des Panüche würde mich direkt ins Paradies führen, nicht wahr?“

„Ich sage nicht, daß Sie Panüche lieben sollen, aber Sie täten sicher sehr wohl daran, ihn zu heiraten. Panüche ist ein Mann mit mühsamen Sitten, von jester Frömmigkeit und würde Ihnen nur gute Beispiele geben.“

„Er würde mich zwingen, um fünf Uhr aufzustehen, um den Angelus zu läuten.“

„Sie machen sich einen falschen Begriff von Panüches Charakter. Panüche wird der nachlässige aller Ehemänner sein, wie er der plumpste aller Seefahrer ist. Weit entfernt davon, Sie zu tyrannisieren, würde er sich im Gegenteil ohne Widerstreit Ihren Launen fügen. Sie würdet Königin und Herrin in Ihrem Hause sein.“

„O, ich verstehe! Panüche ist ein alter Mann. Er ist dumm und hässlich, dazu Ihr Sakraman. Sie wären nicht böse, wenn er eine hässliche Frau heiratete, nicht wahr?“

„Was wollen Sie damit sagen, Ungläubliche?“ jähzte der Pfarrer, der müde darüber war, daß ein junges Mädchen ihn durchdrang.

„Ich will,“ antwortete Luise, „damit nur sagen, daß ich Herrn Panüche nicht mag.“

„Und ich sage Ihnen, daß Sie Ihren Cornelius nicht heiraten werden!“

„Wer wird mich daran hindern?“ fragte Luise und machte den Pfarrer mit ihren schwarzen Augen.

„Sie!“

„Ja, ich! Ich werde euch die Einlegung der Ehe als zwei Heiraten vorwerfen.“

„Das ist kein Hindernis. Cornelius legt nicht viel Wert auf das Sakrament der Ehe; ich vermute es mindestens. Wir werden leicht halten wie Adam und Eva sie hielten.“

Krankt die Wirtschaft ständig und geht sie mehr und mehr zurück, so muß das nicht zuletzt auch die Sozialpolitik nachhaltig beeinflussen. Die Wahrheit dieses Saches erkennen wir täglich in immer erschreckender Weise. Unsere Wirtschaft zieht sich selbst auf — die Folge ist, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen folgsam eintrudeln. Der Nährboden, auf dem sie sich bisher entwickelt haben, wird vollkommen ausgesogen. Beweis: die Franzosen vermögen trotz höherrangigerer Beiträge ihre Aufgaben nicht mehr zu erfüllen; die übrigen sozialpolitischen Sicherungswege verdorren mehr und mehr. Die Unterstützungen der Erwerbslosen reichen kaum zu, um trockenes Brod zu kaufen; auf alles andere, was zum Leben notwendig ist, müssen die Unglücklichen, die auf irgendeine der sozialen Fürsorgeeinrichtungen angewiesen sind, verzichten. Noch schlimmer steht es um die großen Kreise der Armuten, die auf die öffentliche oder private Wohlfahrtspflege angewiesen sind. Und schrumpft nicht auch das Einkommen derjenigen, die noch so glücklich sind, arbeiten zu können, täglich, ständig zusammen? Muß nicht der hochqualifizierte Arbeiter, der vor dem Kriege wöchentlich 10 Dollar verdiente, heute mit einem Wochen-Verdienst von 60—70 Cents sich durchhängen? Gewiß braucht es in letzterer Hinsicht nicht überall so entsetzlich schlimm zu stehen — aber selbst der glückendste Phantast wage nicht zu behaupten, daß es möglich wäre, heute auch noch annähernd die Friedensparität der Löhne herzustellen. Und dieser Prozeß der Entwertung aller unserer Leistungen und Einkünfte macht täglich, ständig weitere rasende Fortschritte. Die Notenpreß vermag den Bedarf an Zahlungsmitteln kaum noch zu decken — und je mehr sie ihre Leistungen dem Bedarf anpaßt, um so schneller schreitet der Entwertungsprozeß fort...

Wie soll es unter solchen Umständen möglich sein, unsere sozialpolitischen Errungenschaften aufrechtzuhalten! Und nun stehen wir vor der unabdingten Gewissheit, daß die Zahl unserer Arbeitslosen ins Ungeheure und Unermessliche steigen muß — wenn der französischen Regierung ihr Vorhaben an der Ruhr gelingt! Auf der anderen Seite aber erscheint es absolut ausgeschlossen, diesen Hunderttausenden die nötigen Mittel zu gewähren, um sie vor dem grauen Verhungern zu bewahren. Gewiß kann die Notenpreß noch „produktiver“ gestaltet werden — mit der Wirkung, wie wir sie in Österreich und noch mehr in Rußland erblicken. Und unsere bange Sorge ist: Können die deutschen Gewerkschaften, kann die deutsche Arbeiterschaft unter solchen Umständen den Achtstundentag noch weiterhin willkürlich verteidigen? All das Gereds und Geschreie um den Achtstundentag, das wir bis jetzt in Deutschland gehabt haben, bedeutet im Ernst keine Gefahr für ihn. Es hat schon immer in Deutschland Leute gegeben, die in jeder Arbeitszeitverkürzung eine „Gefahr“ erblickt haben. Sie haben es nicht verhindern können, daß die deutschen Gewerkschaften den Achtstundentag als erste für ihr ganzes Land errungen haben. Und sie werden — unter wirtschaftlich gesunden Verhältnissen! — den Achtstundentag solange haben, als sie ihn selber nicht preisgeben! Aber unter wirtschaftlich gesunden Verhältnissen! Darauf kommt es an.

Der Kampf an der Ruhr, den jetzt die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen den französischen Imperialismus führen, ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, von dem die Arbeitnehmerschaft nun Zehntel darstellt. Um Sein oder Nichtsein und damit auch um all das, was die organisierten deutschen Arbeitnehmer in einem halben Jahrhundert zählen, opfervollen Kampfes auf wirtschaftlichem, sozialem und allgemein kulturellem Gebiet sich selbst geschaffen, den bestehenden und herrschenden Gewalten Abgrenzungen haben.

Wer stützt den Staat?

SPD. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit der Lage in den besetzten Gebieten. Der Staatssekretär für die besetzten Gebiete, Dr. Brügger, wies darauf hin, daß sich die Besetzung im linksrheinischen Gebiet auf deutsche Kosten einen riesigen Verwaltungsaufwand erfordert. Die Rheinlandkommission allein umfasst 1300 Personen. Auch die Delegierten verfügen über ein umfangreiches Hilfspersonal. Die Propagandatätigkeit der Franzosen ist stark gesunken. Von den amerikanischen und englischen Delegierten muß gesagt werden, daß sie sich dieser Propagandatätigkeit völlig ferngehalten. — Die Abgeordneten gingen insbesondere auf die französische Propagandatätigkeit ein und worteten davor, dieser französische Propagande unzügig zu zusehen. — Ein Vertreter der Pressestelle der Reichsregierung machte sodann ausführliche verbreitliche Mitteilungen über die französischen Veremnahmungen. — Minister Deleau verbreitete sich über die Möglichkeiten der Einführung einer freien Wahlung im besetzten Gebiet, die augenscheinlich auf natürliche Schwierigkeiten stößt. Vor allem mache er darauf aufmerksam, daß zum erstenmal in der Geschichte von einem waffenlosen Volke der Verlust unternommen werde, gegenüber der rauen Waffenbewaffnung den Krieg durch Moral und Vaterlandsgefühl zu über-

winden. — Gen. Höh wandte sich scharf gegen den französischen Imperialismus und warnte vor der Schaffung einer Kurzfristimierung. — Gen. Sollmann mahnte die Regierung darauf aufmerksam, daß die Arbeiterschaft den Kampf gegen die französische Gewalttherrschaft unter starker wirtschaftlicher Druck führt. Mit schweren Maßnahmen müsse sich die Regierung gegen den Preiswuchs wenden. Den Kaufpreis der Börse müsse Einhalt geboten werden. Es darf nicht der Eindruck auskommen, als sähen die Führer der Nation dieser ungezogene Entwicklung tapferlos zu. Wenn wir Sozialdemokraten, so betonte Sollmann,forderungen stellen und mit der Kritik nicht ausreichen, so tun wir das, um den Achtstundentag zu einem guten Ende zu führen. Mit Preisdiktat und Stimmungsnachricht allein kann man die Massen nicht zum Durchhalten zwingen. Zur Durchführung dieses Heldenkampfes gehören Waffen, genau so wie in jedem anderen Kampfe. Diese Waffen sind: Lebensmittel zu etw^r günstigeren Preisen. Diejenigen, die sich in diesem Kampfe beteiligen, sind es, die den Dolchstoß in den Rücken des Volkes führen. In dem Willen, die Ansprüche des französischen Imperialismus zurückzuweisen, lassen sich die sozialistischen Massen Deutschlands von niemandem übertragen. Die Regierung muß sich auch darüber klar sein, daß die Massen aufs neue erleben, daß sie die festen Säulen des Staates sind. Wie der Kampf auch ausgehen möge, er wird das Selbstbewußtsein der arbeitenden Massen stärken, die ihre Organisationen gegen die größte Wehrmacht der Welt ins Feld geführt haben. — Staatssekretär Hamann verzichtete, daß die Reichsregierung der Bekämpfung des wirtschaftlichen Drucks ihr ganz besonderes Augenmerk zuwenden wird.

Erhöhung der Postgebühren.

Entsprechend der Geldentwertung plant die Reichspost zum 1. März eine nochmalige Erhöhung sämtlicher Gebühren um rund das Doppelte.

Daneben sind auch eine Reihe von Neuerungen vorgesehen. Während der Uebergewichtsbrief im Ortsverkehr bis zu 250 Gramm am 1. März 100 Pf., und im Fernverkehr 150 Pf. betragen soll, kostet der Brief bis 500 Gramm 120 Pf. und im Fernverkehr 180 Pf. Bei den Drucksachen ist die Verdopplung der bisherigen Gebühren vorgesehen bis zu 250 Gramm. Bis zu 500 Gramm beträgt die neue Gebühr dagegen 120 Pf. und bis zu 1 Kilogramm 150 Pf. Das Paket für Pakete ist durchweg nicht um 100 Prozent erhöht. Die Erhöhung beträgt in den niedrigeren Gewichtsstufen ein Drittel des bisherigen Postgebühres und steigert sich bei den höheren Gewichtsstufen bis zu zwei Dritteln des bisherigen Saches. Im Gegensatz zu den übrigen Postgebühren ist im Postkoderverkehr, abgesehen von den niedrigeren Stufen, bis zu 50 000 Pf., wo eine geringere Erhöhung vorgesehen ist, eine Erhöhung der bisherigen Gebührensätze vorgesehen. Neu zugelassen sind Zahlkarten im Betrage von über 1 Million Mark. Die Gebühr dafür beträgt 500 Pf.

Im Fernsprechverkehr bleibt die Grundgebühr unverändert. Dagegen wird die Gesprächsgebühr abermals verdoppelt.

Die Post rechnet für das Rechnungsjahr 1923 mit einem Zehlbeitrag von fast 500 Milliarden. Der reine Postverkehr ist unter den Gebührensteigerungen gegen 1920 fast um die Hälfte zurückgegangen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 8. Februar.

	7. Februar.	6. Februar.
Amsterdam	1 fl.	14962.50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	2044.62
Kristiania	1 Kr.	6932.87
Kopenhagen	1 Kr.	6982.50
Stockholm	1 Kr.	6975.75
Helsingtors	1 Finn. Mk.	942.65
Rom	1 Lire	1770.56
London	1 £	172567.50
New York	1 Doll.	36508.50
Paris	1 Frs.	2819.18
Zürich	1 Kr.	6907.68
Madrid	1 Pesetas	5755.62
Wien	100 Kr.	52.61
Prag	1 Kr.	1087.27
Budapest	1 Kr.	14.46

„Und Sie würden wagen, eine derartige Rücksicht zu behalten?“

„Weshalb nicht? Wer ist zuhlos? Die Kirche, die einem jungen Paare ihren Segen verweigert, oder das junge Paar, das ihr verfürchtet, weil es ihn nicht erhalten kann? Lassen Sie mich in Ruhe, Herr Pfarrer; Rebhühner schmecken auch ohne Apfelsinen gut.“

„Luise“, lagte der Pfarrer, dessen Augen glühten wie zwei feurige Fackeln, „wenn Sie wollten?...“

„Wenn ich was wollte?...“

„Richtig,“ sagte der Pfarrer, „aber Sie können den Einfluß, den ich auf Ihren Vater habe, der Vorsteher der Kirchengemeinde ist. Ich werde bei ihm durchsetzen, daß Sie Ihnen seine Erlaubnis verweigert, wenn Sie darauf bestehen, Cornelius zu heitern.“

„Und ich werde Ihnen Mitteilung von gewissen Reden machen, die Sie mir im Beichtstuhl gehalten haben.“

„Luise, Luise,“ sagte der Pfarrer, „verstehen Sie mich denn nicht?“

Und er fasste sie um die Taille.

„Hier der Beweis, daß ich Sie verstehe!“

Und sie gab ihm eine Ohrfeige, daß ihm die Brille zu Boden fiel.

Der Priester war einen Augenblick geblendet.

Dann stützte er zur Tür, schloß zu und steckte den Schlüssel in die Tasche.

„Fräulein,“ lagte er, „Sie müssen mir Rechenschaft über die Beleidigung ablegen, die Sie mir eben zugefügt haben.“

Luise hatte Panüche im Garten bemerkt. Sie öffnete das Fenster.

„Herr Panüche,“ rief sie, „der Herr Pfarrer will Sie sprechen.“

Als der Pfarrer die Schritte des Panüche im Korridor hörte, öffnete er die Tür, dann beugte er sich zu Luises Ohr hinüber und zischte: „Krieg ohne Pardon, wenn Sie ein Wort von dem verlaufen lassen, was eben geschehen ist.“

„Wir wollen sehen,“ sagte Luise, „ob Sie meine Nachsicht verdienen.“

Und sie entchlüpfte schnell wie ein Kätzchen, das gekräzt hat.

10.

Am folgenden Tage trafen sich Belle-Blante und der alte Desallemagnes bei der Holzauktion.

Dank den ungünstigen Gerüchten, die Belle-Blante ausgetragen hatte waren die Gebote schwächer und bescheiden; Belle-Blantes Gebot übertraf die der anderen Bieters um einige Franken und ihm wurde der Zuschlag erteilt. Bei Vater Desallemagnes rief dieses Ereignis zwar Verwunderung, aber keinerlei Erstaunen hervor, denn unter Geschäftsmännern ist es erlaubt, sich gegenwärtig zu täuschen. Der Dienstagsmarkt nimmt jedesmal anders

zarte Namen an, so daß die Gendarmen ihn grüßen und die Schildwachen vor ihm präsentieren. Beim Ausgang aus dem Saale kloppte der alte Desallemagnes Belle-Blante auf die Schulter.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 3. Februar.

Sozialdemokratischer Verein.

Vortrag Stelling über die Fremdherrschaft. — Gegen den Krieger.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag hielt unser Reichstagsabgeordneter Genosse Stelling einen Vortrag über den Verfall des französischen Imperialismus in Deutschland. Genosse Stelling erinnerte eingangs seiner Aufführungen an den Leidensdruck des deutschen Volkes während wir nach dem Kriege, und an dessen schweren Erstenkampf. Er erinnerte weiter daran, daß dieser Leidensdruck hätte abgelöst werden können, wenn man die vorhandenen Verständigungsmöglichkeiten in den letzten Kriegsjahren wahrgenommen hätte. Aber die Helferinnen hatten mit ihrem Unterliebtskrieg andere Ziele. Auch heute sind unverantwortliche Kräfte am Werk, die das deutsche Volk in weiteres Unheil führen wollen. Noch dauert der Krieg, wenn auch in veränderter Form, fort. Der Sieger legt uns Erpressung über Erpressungen auf. Nie ist mit dem Geschleife eines Volkes so preventiv verzahnt worden, wie heute mit dem deutschen. In früheren Zeiten waren die besiegten Länder nach Kriegsende wieder vollberechtigte Staaten im Weltkonsort. Heute hat sich nach dem entschädigten und vernichten aller Krieger ein Eigentumsrecht herausgebildet. Der Konsort des Kriegers hat den Imperialismus auf die Höhe gebracht. Der Tumult des Wohlstands steht im schroffen Widerspruch mit dem Tathaken. Die Kriegerzähmungen in Frankreich waren gewiß riesengroß. Kohlengruben und Wälder, Dörfer und Städte wurden restlos vernichtet. Frankreichs Industrie hat gesunken, seine Finanzlage ist außerordentlich schlecht. Außerdem hat es enorme Kriegsschulden an England und Amerika. Deshalb reicht es aus Deutschland herauszuholen, was nur irgend möglich ist. Deutschland hat die Kohlenförderungen in weit wie möglich erhöht. Nicht zu verachten ist die Wahrnehmung von Land und Leuten, womit unsere wirtschaftliche Kraft geschwächt wurde. An Eisen und Zinkerzen wurden uns % weggenommen. Ungehörige Worte wurden vorsätzlich entziffert, obwohl das Eland im Lande selbst kein Krieg führte. Um meine Industrie aufrechtzuhalten, mußten wir für heimische 200 Millionen Goldmark englische Kohlen kaufen, wogegen Frankreich die deutliche Kosten zu haben Preisen weiter vorrückte. Der Gewaltakt von Frankreichs Imperialismus und Militarismus richtet sich gegen das arme deutsche Volk; er will die führende Stellung auf dem Maistreinen- und Kohlenmarkt an sich reißen. Über auch in Frankreich erkennt man allmählich, daß dieser Ausdrucksdrang seine Grenzen hat. Vorherstand aber wird sorgen, so viel man bekommt kann. Das Streben Frankreichs geht dahin, sich von England und Irland und Irland unabköpflich zu machen. Dazu soll ihm die Reaktionären des Ruhrkaisers verhelfen. Es wäre die Frage zu erörtern, ob Deutschland nicht hätte mehr leisten können.

Am allgemeinen heißt es die Aussage, daß Deutschland das menschenmögliche geleistet hat. Die Alliierten waren Frankreichs Mörder über so imperialistisch, daß die Deutschen nicht so schnell entziffert werden und sie gerade bei der Schließungsumstellung umstellen mußten. Der Konsort kam trotz allem. Aber jetzt wenn sich Deutschland Verteilungen füllt, zu schulden kommen lassen, wäre der Einbruch in unser Land ein Gewaltakt, den auch der französische Gericht und das schäbige Italien verurteilte. Dem Einbruch ins Wuppertal und in Baden steht jede Begründung. Dieses Vorgehen muß schließlich auch in Frankreich und besonders in Nordfrankreich zum Denken anregen, um so mehr, als durch das manuelle Einbrechen der Aufruhrarbeiterfront bis heute die Absicht des französischen Imperialismus zustande gemacht wurde. Frankreich ist durch seinen Kriegerkrieg bereits rezipziert worden, nach der Schweiz und Italien bestimmte Kohlensäcke aufzuholen. Ein Auszug aus dem bestigen urheblichen Zustand ist nur durch Verhandlungen möglich. Seither hat der Verbund auf die Interessen des Genossen Branting noch nicht reagiert. Amerika und England halten zurück, weil sie nicht den Kunden ins Wupperfeld versetzen wollen. Amerika hält die Waffe, den europäischen Reichsfeld nicht teilen zu wünschen. Dem Kaiser gegen Lloyd George darf man nicht bestimmen, denn er ist verachtet, der deutsches Sache so weit wie möglich zu dienen. Nicht unserer Freunde wollen, sondern um England und Europa vor politischem Verfall zu bewahren. Aber England ist auch zu einem erheblichen Teile im Orient eingesunken, wo ihm Frankreich große Streiche spielt. Durch den Abbau der Verhandlungen in Le Havre ist die Kriegsgefahr nicht nur im Orient, sondern auch in Europa höhererügt. Ein neuer Krieg würde die Fäste Deutschlands ungewohnter vergleichstehen, es würde den Kriegskaufhaus abziehen. Von Russland ist absolut nichts zu erwarten. Kommunisten aus dem Ruhrkrieg spielen mit dem Kriegswaffen aus Russland zu holen, um gegen Frankreich vorzugehen. Das ist alles Unsinn. Auch ein internationaler Generalstreik würde nur dem französischen Imperialismus helfen und auch dem deutschen Imperialismus führen. Ob Deutschland im Kampfe ums Recht den Sieg davontragen wird, ist heute nicht zu beantworten. Auch die Regierung Cuny lehnt Verhandlungen durch Vermittlung der Alliierten nicht ab. Notwendig vor allem aber ist, daß die Arbeiter die Augen aufhalten, damit sich die deutschen Kapitalisten nicht allzu sehr ins Geschäft mängeln. Es taucht dann die Frage auf, ob dieser Schwachklamot der selbstsüchtigen kapitalistischen Ziele wegen geführt werden soll. Kommt es zu Verhandlungen, dann muß unsere Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Die Erfüllungspolitik ist auch in Zukunft notwendig. Hätten wir sie nicht befolgt, wäre Deutschland schon früher dem Abgrund zugestiegen, und hätte die Empathien der Völker endgültig verschwunden. Erfüllungspolitik setzt aber auch eine gerechte Steuerpolitik voraus. Nur eine vernünftige Mittelschafspolitik kann die Not der Völker lindern und die große Weltarbeitslosigkeit beseitigen. Die Reparationsfrage ist deshalb eine internationale Frage. Neben diesen internationalen Fragen dürfen wir über den Kampf im Innern nicht vergessen. Nicht nur in Bayern wählen die Freiheit der Republik. Auch im Norden schützen die Nationalsozialisten. Herr v. Grecce wirbt nicht nur für seine denkmalgeschützte Ideale, sondern auch für die reaktionären Sturmtruppen. Mit dem nationalsozialistischen Gedanken sieht man die Notleidenden zu verwirren und für reaktionäre Zwecke einzufordern. Deshalb ist es Pflicht der Genossen, die Augen aufzuhalten und im Kampfe gegen unsere Widerläufer nicht zu erlahmen. Zeit ist nicht die Zeit, um sich in Zwischenräumen einzulassen. Der Kampf um Recht und Sozialismus, gegen Unterdrückung und Ausbeutung wird noch wie vor unter vornehmstem Ziel sein. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Paul Löwitz, betonte gleichfalls, daß der Kampf für die Befreiung von der Fremdherrschaft durchgeführt werden müsse. Das erforderne Opfer vor der Bevölkerung im Ruhrgebiet wie im unbesetzten Deutschland. Dabei habe es aber große Kreise, die jetzt dem eigenen Volke die größ-

ten Opfer auferlegen, indem sie die im Judentum erzeugten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände unmöglich verteuerten. Der Krieger mache sich breit. Wie kann es in solcher Zeit nur möglich sein, daß für ein Ei 350 Pf. gefordert werde. Auch für den herrenden Milchpreis liege kein Grund vor. Ebenso sehr es mit dem Butterpreis, den man mit dem der Margarine zu rechtfertigen sucht. Fleischpreise und alles andere bringe man ungerechtfertigterweise mit dem Döllerkurs in Verbindung. Ein solches Gebaren sei unverantwortlich. Mit der Gesundheit und Duldsamkeit des Volkes werde freventlich gespielt. Wenn alle zusammenwirken sollen, dann müsse auch die Möglichkeit zum Zusammenleben geschaffen werden, sonst werde das deutsche Volk irre an der Notwendigkeit der Erfordernisse. Ein Appell an den Rechtsgeist der Produzenten nütze nichts. Helfen könne nur die Wiedereinführung der Zwangsirtschaft (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!), die nur am Profitinteresse gescheitert sei. Die Nationalisten und Kriegshasser, die den 9. November 1918 für das Elend verantwortlich machen, seien die Wucherer und Preistreiber. Mit Wucherer aber, die dem Volke das Blut auszugsen, würde die Sozialdemokratie in keine Gemeinschaft einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Wolfradt gab hierauf den Kassenbericht vom 4. Quartal. Aus ihm ist zu entnehmen: Einnahme 787 596 Pf., Ausgabe 677 840 Pf., Mitgliederbestand 11 100, Beiträge 39 880 Pf., Überschuß von der Silvestersitzung 25 602 Pf. Genosse Wolfradt begründete dann noch die Notwendigkeit der Beitragserhöhung und forderte die Genossen auf, sich durch ein paar Mark Mehropfer für die Partei nicht abschrecken zu lassen, sondern treu zur Partei zu stehen und für sie wie für gute Verhandlungen zu wirken.

Mitschriften und Senat.

In der letzten Bürgerschaftssitzung verlas der Vorsitzende die neueste Senatsverfügung vom 3. Februar d. J.:

Im Zusammenhang mit der Beippredigt der Antisemitfrage sind in einem Teile der hiesigen Bürgerschaft aus sozialdemokratischen Kreisen der Bürgerschaft heraus Zweifel geäußert worden, ob die Vorschrift des Artikels 14 der lübeckischen Verfassung, monach es zur Annahme eines Mitschriftenverbots einer Mehrheit von zwei Dritteln der Bürgerschaft bedarf, mit der Reichsverfassung im Einklang stehe, und weiter, ob die Vorschrift des erwähnten Artikels 14 auch den Fall eines Mitschriftenverbots gegenüber dem (Gesamt-) Senat unwirksam sei. Der Senat holt zwar die geäußerten Zweifel für ungerechtfertigt; er erachtet es aber im Interesse eines geheimerlichen Zusammensetzen zwischen ihm und der Bürgerschaft für durchaus geboten, daß alsbald von berufener Seite eine Klärung erfolgt. Er hat sich daher auf Grund des Artikels 18, Absatz 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem Reichsgesetz zur Ausführung dieses Artikels vom 8. April 1920 an das Reichsgericht mit der Anfrage gewendet, eine Entscheidung dieser Frage herbeizuführen. Wenn sich auch die geäußerten Zweifel zu Unterrügen in der Bürgerschaft bisher nicht bekräftigt haben, so hält der Senat es doch nach Lage der Verhältnisse, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß die Zweifel von Mitgliedern der Bürgerschaft geäußert sind, für notwendig, daß auch die Bürgerschaft in die Lage versetzt wird, zu dieser Fragen Stellung zu nehmen; er hat daher in seinem Antrage an den Präsidenten des Reichsgerichts, von dem er der Bürgerschaft eine Mitschrift zur Kenntnisnahme zugeschenkt, die Bürgerschaft als Gegenpartei im Sinne des § 2 Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 8. April 1920 bezeichnet.

So kann es nicht weiter gehen!

Hohe Brot- und Getreidepreise.

Kein Tag vergeht ohne weitere Erhöhung des zum Leben Notwendigen. Die Preise steigen wöchentlich, doch die Löhne und Gehälter hinter sichern nach oder bleiben auf einem hohen Stand. Kein Mensch weiß noch mehr zu helfen, die Verarmung tritt zu innerlicher Mut. Die Arbeitslosigkeit hat in Lübeck zum Glück noch nicht weiter um sich gegriffen, obwohl sie schon ziemlich groß ist. Im Mittwoch waren auf dem Arbeitsnachweis 1506 männliche und 224 weibliche Arbeitslose vorgelegt (sicht 1500, wie der kommunistische Spazier in der Bürgerschaft behauptete.)

Wird es schon den in Arbeit Stehenden unmöglich, Einnahme und Ausgabe ins Gleichgewicht zu bringen, so weiß man tatsächlich nicht, von was ein Erwerbsloher leben soll. Denn heute kostet ein marktfreies Brot bereits 2000 Pf. Es soll allerdings etwas schwerer im Gericht werden, dafür hat sich der Preis aber verdoppelt. Ein bestimmtes Gewicht ist leider nicht vorgeschrieben, so daß hier leicht eine weitere indirekte Versteigerung eintreten kann.

Ungehalten war die Lübecker Bevölkerung auch über die unerhöhten Preise für grüne Heringe bei den großen Fischern. (Siehe auch Notiz unter Schwarzen.) Wie uns ein eingeweihter Seite mitgeteilt wird, würden bei den Riesenfischern etwa 700000 Pfund Heringe gezangen, wovon 50-70000 Pfund die Hefsträger Fischer beigesteuert hätten, die sich mit kleinen Waden fingen. Die Heringe würden von der Fischindustrie und ländlichen Aufzäufen mit 400-810 Pf. pro Pfund bezahlt. Man schätzt die Einnahme der Fischer auf etwa 350 Millionen Mark. 48-55 Ringwaden sind an diesem Rückgang von Kopernum befehligt. Man mag zugeben, daß die Fischer mit ganz gewaltigen Untaten arbeiten, und daß sie wochenlang vergleichbar Tag und Nacht arbeiten (und der Fischereibetrieb in Sturm und Wetter ist sehr hart) aber wir können uns mit dem besten Willen diese Preise nicht erklären. Hier hat der Hering aufgedröhrt ein Polizeiaufzugsmittel zu sein. Wenn man für 7-8 kleine Fischlein - soviel geben am ein Pfund - 800-1000 Pf. bezahlen soll, dann ist trotz Berücksichtigung der Geldwertverlust einfach nicht mehr mitzukommen. Würde die Art des Fisches hätte etwas Rücksicht bekommen müssen, insbesondere auf Lübeck, das ein Unterdorf hat von dem Segen seines angrenzenden Meeres zu erstaunlichen Preisen etwas abzulösen. Man darf auch den armen Fischer nicht vergessen, selbst wenn die großen Scheide der Spezialisten noch so sehr retten. Die Fischer hätten sich absolut nichts vergeben, wenn sie bei dem Riesenfischfang eine ausreichende Ladung zum Vorzugs- und festen Verkaufspreis nach Lübeck gebracht hätten.

Leider haben die harten nordischen Wände den Hering aus der Travemünden Bucht wieder verdrängt, die Ausfahrten sind so gut wie vergleichbar. Sie dehnen sich bereits bis nach Pomeranien aus. Es wäre nur zu wünschen, daß der „Schneiderkarpfen“ recht bald in Massen wiederkehrt und daß dann auch Lübeck sein Teil zu einem Preis abholen kommt, der den Fischern ihr Dasein sichert und der Lübecker Bevölkerung erleichtert.

Die Allgemeine Ortskrankenfasse in Lübeck hatte am 1. Februar 1923 40 333 Mitglieder gegen 41 214 im Jahre 1922. Auf Männer entfielen davon 23 799 (1922 24 249), auf Frauen 16 534 (1922 16 965). Arbeitsunfähigkeit waren am letzten Januar: Männer 499 (1922 1281) und Frauen: 590 (1922 1181). Anweisungen für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Januar für Mitglieder in 39 Fällen, für Angehörige in 38 Fällen gewährt. Übertritte in arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die jahresmäßigen Verhältnisse waren in 20 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freimüttigen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Berechnung des steuerfreien Betrages. Im Reichsfinanzministerium stand eine Beippredigt mit den Gewerkschaften über die Neuregelung des Steuerabzuges statt. Man kam allgemein zu der Ansicht, daß vom 1. März an die Berechnung der Steuerermäßigung einzutreten habe unter Vorbehalt der durch eine etwaige außergewöhnliche Preissteigerung bedingten Revision. Um auch eine Preissteigerung im Februar zu berücksichtigen, ist vorgesehen, daß in der letzten Woche des Februar ein Steuerabzug erhoben wird und eine entsprechende Regelung für die Geschäftsempfänger eintrete.

Die neuen 50 000-Mark-Scheine. Die andauernde Entwicklung der Mark hat dazu geführt, daß die Reichsdruckerei eine Zeitspanne nur sehr schwer den Bedarf an Zahlungsmitteln decken konnte. Deshalb werden jetzt von der Reichsbank Noten über 50 000 Mark herausgegeben. Man hofft, damit schon in allerhurzigster Zeit die Schwierigkeiten, die sich vielfach im Zahlungsverkehr ergeben haben, zu beilegen. Der neue 50 000-Mark-Schein (Format 110×190 Millimeter) ist ungefähr so groß wie die 5000-Mark-Reichsbanknote und zeigt auf seiner Vorderseite den Kopf des Kölner Bürgermeisters A. v. Brauweiser, eine Reproduktion des Gemäldes von Bartholomäus Bruyn. Rechts ist ein freier Rand mit Wappenzeichen, in Form eines Eichenblattes. Die Rückseite weist eine Vignette mit dem Stadtsiegel auf.

Die Baupreis-Nichtzahl für Lübeck war im Januar .900,- am 1. Februar .880,-

Kreisminengefahr in der Nord- und Ostsee. Ein neues Minenfeld ist aufgetreten, das sich um das Stettiner und Kattegat bewegt und ansetzend von der niederländischen Küste herangezogen ist. Einige dieser Minen sind von Schiffen im Kattegat gesichtet worden, andere sind an der schwedischen Küste im Gunnars Fjord und bei Finsenästet aufgetaut. Bei Lübeck und am Inselstrand von Öderen, westlich von Göteborg, explodierten einige Minen unter furchtbarem Getöse. Die Schwefel durch das Kattegat und Stettiner und die offene See ist also nach wie vor bedroht. Wie verlaufen soll der Hafen von Slagen an der Nordspitze Dänemarks von neuem gegen anschwimmende Minenminen gesichert werden.

Im Zentral-Theater in der Johanniskirche wird aus dem alten mythischen Argopion ein Film „Doris“ vorgeführt. Es führt uns an das heilige Wasser des Nil, zeigt uns die alten Schönheiten des Ufers und lädt uns an den tanzendsfähigen Pyramiden, an dem Hügel des Sphinx, die unheimlichen Schlachten der Pharaonen vor unseren Augen vorüberziehen. Die alte Kultur Argopions glaubte an die Unsterblichkeit der Seele, die nach dem Tode in anderer Körper und Lebewesen wieder aufersteht, und Hass und Liebe fortfestzt. Von dieser Materie handelt der Film, der den Hass der gequälten Sklaven des Pharao Argopions in der Dämmerung Naija – eine Tochter der modernen Zeit – fortlaufend lädt und einen Europäer das Leben kostet. Der Film ist sehr abwechslungsreich und bietet eindrucksvolle spannende Handlungen. Ein zweiter satziger Film spielt in Westwest. Der Ausgangspunkt ist das berüchtigte amerikanische Gefängnis Sing-Sing. Die Flammenfahrt des Pacific Express lautet sein Titel. Ein gelungener Westernfilm beschließt das Programm.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Bürgerschaftstrakt! Freitag abend, 6 Uhr, Sitzung im Rathaus.

Achtung, tätige Genossen, 12. Distrikt! Am Freitag, dem 9. Febr., abends 7½ Uhr, Versammlung bei Groß, Kottwitzstraße. Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen dringend notwendig.

Achtung, Vorstandsmitglieder der A.D.G.B.! Heute abend 8 Uhr: Vortrag des Gen. Horn-Berlin über „Zeitgemäße Fragen der Gewerkschaftspolitik“. Der Vortragende wird vom Vorstand verpflichtet und lädt die Vorstände des ADGB hiermit zu dieser Veranstaltung ein. Zahlreiche Erscheinen erwartet.

Achtung, Betriebsräte, Vorstandsmitglieder des A.G.D.B., Abend und A.D.B.! Ein 14. d. Mts. nicht wie gestern gemeldet am 12.) sprechen hier die Genossen Rüg. Woldt und Raueder.

Stadttheater, Freitag: Zum ersten Male „Luther“ von Strindberg. Am Sonnabend-Ab. wird die Rosenow'sche Komödie „Kater Lampe“ wiederholt.

Gaua-Theater, Freitag, Tonnerstag 7½ Uhr, Gastspiel Henry Dahl als Raffaele in „Familie Raffaele“. Freitag 7½ Uhr: Zum ersten Male „Beccaccio“.

Großes vollstummes Konzert im Gewerkschaftshaus am Freitag. Ein ganz vorzügliches Programm. Die wunderbare Pathétique-Sinfonie von Tschaillowski, ein ausgesuchter Solist. Der letzte Teil bildigt der heiteren Muße und ist lediglich dem Walzerkomponisten Strauss gewidmet. Eintritt nur 100 Pf. einschl. Programm und Steuer.

Angrenzende Gebiete.

p. Schwarzwald-Rennschule. Volk halte aus! – Wucher über Wucher. Ja, Wucher, du mußt und du wirst bis zu einem gewissen Grade aushalten! Man bewußt die Ruhbergfeuer, rißt ihre Standsicherheit und in demselben Augenblick verbucht die Hochfinanz das Agrarientum und nun zuguterletzt auch die „Herrn der Heringschwärme der Ostsee“, ich meine die Ringwadenfischer und Händler, aus dem unter dem Döllerkurs vollständig verarmten arbeitenden Volk und dem ehemaligen Wirtschaftsstandort der beiden Stützpunkten herauspresen! Wer als Bevölkerung unseres so befreunten Ostseegeländes hat in dieser Zeit, wo Schwarzwalds Küchenmeister geworden ist, sich nicht küßt an die Wiederkehr der legendären grünen Heringe erinnert? Wer

Bei Neigung zu Festanschaffungen Sie eine Zehritur vornehmen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Salzbackkerne zu kaufen, die wirklich, völlig unbedeutende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie am täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Rennstraße 10.

bachte nicht sein zorniges Mittags- oder Abendblatt mit diesem kleinen Liebling zu verbessern? Wohl alle die von mir Erwähnten! Aber vorbeigetreten. Ein Pfund Heringe kostet jene und kostreiche 1000 Mark in unserer Gegend (1914: 5 Pf. das Pfund), während in den umliegenden Ortschaften von Travemünde-Niedendorf dieselbe Ware mit 400-500 Pf. pro Pfund verkauft wurde! Ich glaube, hier wäre es angebracht, wenn die Entertainer Regierung diesem Heringewucher ein schnelles Ende bereiten würde. Ich denke, wir haben genügend Regierungsbeamte in Gutin seien für diesen Zweck, aber bis heute röhrt sich keine Hand. Oder soll die Bevölkerung zur Selbsthilfe getrieben werden? Oder wartet man als Trost auf den Wagon Heringe für die Minderbemittelten, den die Füchsen wollen?! Aber noch meiner ehrlichen Überzeugung erst dann, wenn die „Herrnen der Ober“ ihren Prost in aller Ruhe in Sicherheit schreibt haben und keine Nachfrage nach dieser Ware mehr vorhanden sein wird! Was kümmern sie die Tausenden von Arbeitsleuten und Minderbemittelten unseres Landes? Und wenn, wie am Sonnabend, eine Kirmesmode 50.000 Pfund (?) aus Lübeck drin ist, dann breitete man Einheitsfront! — Einheitsfront! So steht die Einheitsfront aus! Wir danken dafür!

Gutin. Neuer in Barken u. Antiope verhältnisweise Brändenbildung ist Dienstag früh das erste 1909 erhebliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Hofschilders Wulff-Barken vollständig ausgebrannt. Das Vieh konnte gerettet werden, doch ist viel Heu verbrannt und das Korn bei den Reitunssarbeiten durch Wasser, hinuntergeworfen der Säcke usw. beschädigt worden. Der Brand-

strifer wurde in der Person des auf dem Hofe seit drei Wochen beschäftigten Viehpflegers Horstmann ermittelt. Nach Ehelegung eines Geständnisses wurde er sofort dem Gefängnis in Wittenbörge zugeführt. Nach dem Beweggrund zur Tat befragt, antwortete der Täter, er hätte nur einmal ein großes Feuer sehen wollen.

Hujum. Die Not der Landwirtschaft. Sieben Millionen Mark für einen Buller erhielt der Schorthornpächter Hamers-Latenbill. Das Tier wurde 1921 von England importiert und ging jetzt in den Besitz der Oldensworter Stiergenossenschaft über.

Aus aller Welt.

Eine vorbildliche Hundesteuer. Im Rahmen der 5-Milliardenverlagerung zugunsten der städtischen Gesundheits- und Wohlfahrtspflege haben die Berliner städtischen Körperschaften, a. auch eine Erhöhung der Hundesteuer von 2000 Pf. für die Monate Februar und März beschlossen. Dies entspricht einem Jahressteuerzuschlag von 12.000 Pf. gegen jetzt 1500 Mark. Der Magistrat beschließt, diesen Steuersatz für das ganze Jahr vorzuschlagen. Trotz der vorgetragenen Hundesteuererhöhungen ist die Zahl der Hunde in Berlin auf 170.745 gegenüber 155.674 Hund im Vorjahr angewachsen.

Ein Fürst als Briefmarkenfälscher. Die Leipziger Kriminalpolizei verhaftete den angeblichen armenischen Fürsten Melal Paschaian, der der Hauptagent einer weit verzweigten

Briefmarkenfälscherbande ist. Bei den Fälschungen handelt es sich um die Herstellung von großen Mengen Marken von russischen Republiken. Diese Fälschungen war man in Wien auf die Spur gekommen, wo ein gewisser Michael Fertig große Posten falscher Briefmarken abgelegt hat. Mit Fertig wurde auch der Student Sterblich festgenommen, und zwar in einem Augenblick, als Sterblich sich seinen Safe zeigen lassen wollte. Man fand in dem Safe gegen 20 Kilo solche Marken der russischen Reichsstaaten und der Sowjetrepublik sowie viele Phantastemarken, die überhaupt nicht existieren oder während der Witzen der russischen Revolution nur ein kurzes Leben geführt haben.

Ozeanflug von 900 Kilometern. Vor einigen Tagen haben zwei Unicors Wasserflugzeuge, die schon seit einiger Zeit auf Cuba stationiert sind, von San Domingo einen ununterbrochenen Flug über das Karibische Meer nach La Guaira, den Hafen von Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, durchgeführt. Sie haben die 500 Seemeilen, gleich 900 Kilometer weite Strecke über den Ozean in acht Stunden zurückgelegt. Für den Verkehr des südamerikanischen Festlandes mit der im Welthandel bedeutenden Inselgruppe der Großen Antillen wird dieser Ozeanflug ganz besondere Bedeutung haben.

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Bevölkerung Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämlich in Lübeck.

DIXIN

das dankbare
Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & Cie., DÜSSELDORF

Israelitische Gemeinde
Lübeck. 12742

Kirchliche Kirchen
Gottesdienste
in der Synagoge.

Kantorat:

Obstkirche Albeck.

Stellen nachmittags 5.00

ausgehend (Neumende-
anfangszeitung)

morgens 5.50

Freitag 10.00

nachmittags 4.00

abends 6.00

Suppenkostestreich

nachmittags 8.15

in der Woche morgens 7.00

nachmittags 5.15

Abgabestag: Freitag

z. Bezahlungskontrolle

noch später 4.45

Zeitungsmeld.

Gemeindebriefe.

Gemeindebüro, 5.00

Gemeindeschule 25.00

(12743)

Stadt-Amt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12744)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12745)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12746)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12747)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12748)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12749)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12750)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12751)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12752)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12753)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12754)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12755)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12756)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12757)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12758)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12759)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12760)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12761)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12762)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12763)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12764)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12765)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12766)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12767)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12768)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12769)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12770)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12771)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12772)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12773)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12774)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12775)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12776)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12777)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12778)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12779)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12780)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12781)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12782)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00

(12783)

Postamt-Büro, 5.00

in der Woche 4.00